

# Der Strom-Rettungsschirm aus Bern könnte die Wasserzinsen für das Wallis gefährden

Mit zehn Milliarden Franken will der Bund die grossen Stromkonzerne im Notfall absichern. Doch das Gesetz könnte negative Folgen für das Wallis haben.

**Armin Bregy**

Der Lötschentaler Ständerat Beat Rieder (Die Mitte) ist besorgt. Wie die «Finanz und Wirtschaft» gestern berichtete, wird der Bundesrat heute seine Botschaft zu einem Gesetz vorlegen, das Konkurse bei den grössten Schweizer Stromproduzenten Alpiq, Axpo und BKW verhindern soll. Die Kollateralschäden für die Wasserkraftkantone könnten erheblich sein. Wie das?

## Alpiq alarmierte den Bund

Seit einigen Monaten spielen die Strompreise verrückt. Steigen die Strompreise, müssen die stromhandelnden Firmen auch mehr Geld als Sicherheit hinterlegen. Im letzten Dezember geriet Alpiq in arge Bedrängnis – der Konzern bettelte beim Bund um finanzielle Hilfe. Schlussendlich stemmte Alpiq den finanziellen Engpass allein.

Mittlerweile sorgt der Krieg in der Ukraine für weitere Unsicherheiten. So haben sich die

Preise für Strom und Gas seit Anfang 2021 etwa vervierfacht.

Der Hilferuf von Alpiq für eine milliardenhohe Liquiditätsspritze hat die Bundesbehörden alarmiert. Denn ein Konkurs eines der drei grossen Energiekonzerne würde die Versorgungssicherheit der Schweiz gefährden. Gouverner, c'est prévoir, sagte sich der Bundesrat und lancierte einen Rettungsschirm für die Stromwirtschaft. Dieser will Stromkonzerne in finanzieller Notlage mit bis zu zehn Milliarden Franken unterstützen. Im Gegenzug erhält der Bund weitgreifende Mitspracherechte. Für die Bereitstellung des «Rettungsschirms» sollen die Konzerne jährlich 15 Millionen Franken an den Bund zahlen – auch, wenn sie kein Geld vom Bund benötigen. Es würde sich also um einen Zwang handeln.

## Skeptische Konzerne – ausser Alpiq

Die BKW lehnt den Vorschlag ab. Die beispiellose Ausweitung von staatlichen Eingrif-



Die Strombranche kritisiert den Rettungsschirm. Ausser Alpiq.

Bild: Keystone

fen widerspreche diametral den Grundprinzipien der Schweizer Wirtschaftsordnung und der Stromwirtschaft, argumentiert die BKW. Auch die Axpo zeigt sich skeptisch. Sie sagt zwar Ja zu einem international abgestimmten Sicherheitsnetz, jedoch Nein zum «unverhältnismässigen und willkürlichen Rettungsschirm».

Anders Alpiq: Der Konzern ist bereit, dem Bund jährlich 15 Mio. Franken zu zahlen für das «vertrauensbildende Signal», der Branche bis zu zehn Milliarden Franken Liquidität zur Verfügung zu stellen, wie Alpiq-Verwaltungsratspräsident Johannes Teyssen gegenüber der «Finanz und Wirtschaft» sagte. Der Strommarkt sei ein ver-

netzter Markt. Wenn ein grosser Marktteilnehmer ausfallen würde, könne das Dominoeffekte haben, sagte Teyssen.

## Kanton fordert Korrektur

Die Walliser Regierung fordert in der Vernehmlassungsantwort trotzdem eine dringliche Korrektur. Denn die systemkritischen Unternehmen werden im Gesetzesentwurf verpflichtet, mit den Kantonen und den Gemeinden Verhandlungen über die Stundung von kommunalen und kantonalen Abgaben wie Leitungs- und Konzessionsabgaben sowie Wasserrechtzinsen zu führen. Das heisst im Klartext: Die Wasserzinszahlungen an die Kantone und Gemeinden könnten ausgesetzt werden.

## Rieder sieht rot

Und es ist auch der Passus, der Ständerat Beat Rieder auf die Barrikaden bringt. Er sagt: «Dieser Artikel muss gestrichen werden. Dass die grossen Energiekonzerne aufgefordert werden sollen, die Wasserzinszahlungen an die Kantone und Gemein-

den neu zu verhandeln oder gar auszusetzen, ist ein Affront gegenüber den Wasserkraftkantonen. Wie kann ein Konzern mit Staatsgeldern abgesichert werden und gleichzeitig die Zahlungen von Wasserzinsen infrage stellen? Das geht doch nicht.»

Über den Rettungsschirm lasse sich nur diskutieren, wenn die Ursachen der Liquiditätsengpässe der Energiekonzerne klar seien. «Wenn es darum geht, die Versorgungssicherheit der Schweiz zu garantieren, dann macht ein Rettungsschirm durchaus Sinn. Wenn jedoch durch den Rettungsschirm Betriebe gestützt werden sollen, die sich im Markt falsch positioniert haben, ist dieser nicht annehmbar», sagt Ständerat Beat Rieder.

Rieder spricht dabei den ausserbörlichen OTC-Handel (Over the Counter) an. Alpiq hat laut der «Finanz und Wirtschaft» im vergangenen Jahr 17 Mrd. Franken dieser Energiederivate saldiert.

Ist dies der Grund, wieso der Stromkonzern Alpiq den Rettungsschirm begrüss?